

Korrespondenz Wasserwirtschaft 1|25

WASSER · BODEN · NATUR

2027 2026 2025



Foto: Rupert Oberhäuser/
EGLV

**125 Jahre Emscher-
genossenschaft**
Seite 10

**Nachhaltigkeits-
berichterstattung**
Seite 14

Junge DWA
Seite 15



**Gewässermonitoring
mit Satellitendaten**
Seite 17



**Renaturierung
der oberen Diemel**
Seite 25

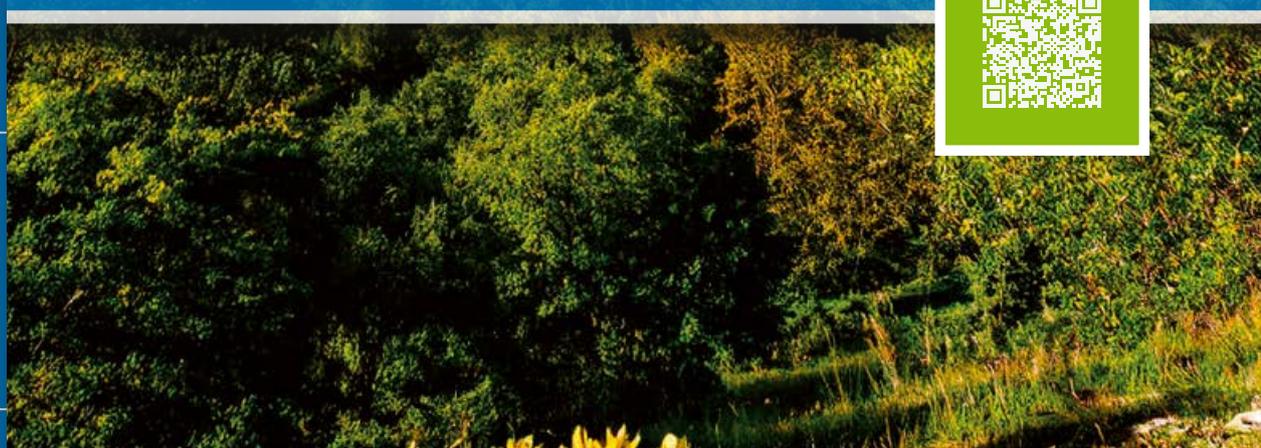
**Versickerungsmulden:
Filtersand vs. bewach-
sene Bodenzone**
Seite 34



Foto: LTU Bayern

**Hochwasser und
Starkregen**
Seite 38

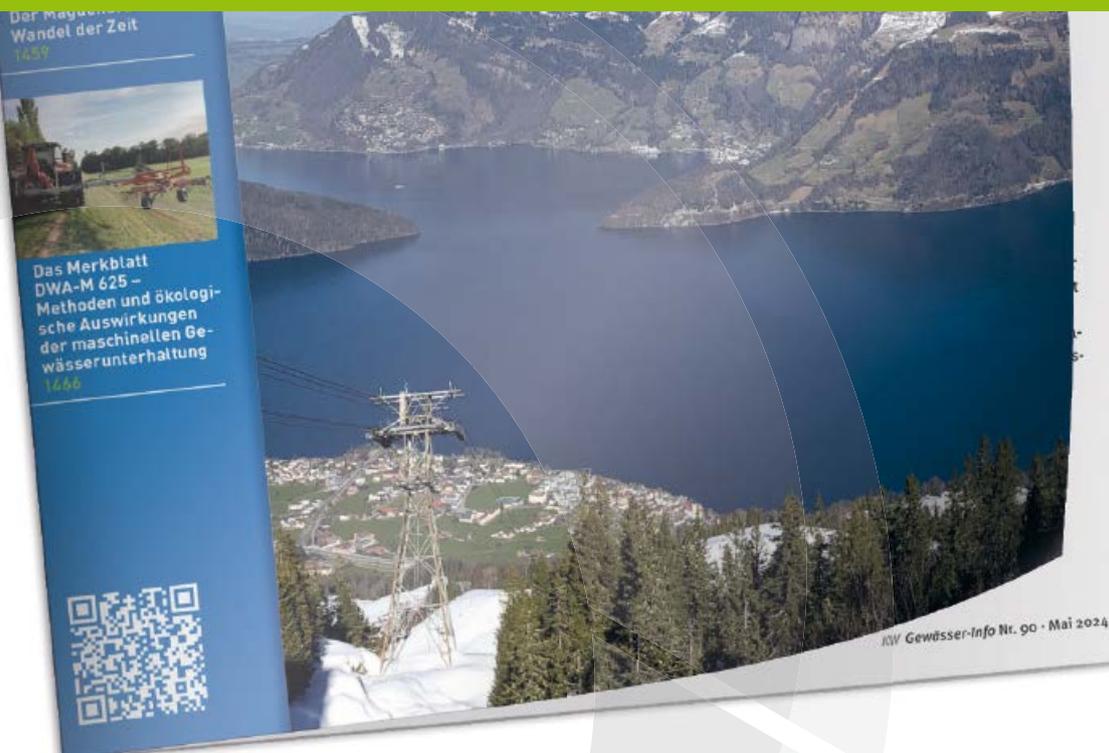
Erfurter Gespräche zur Wasserrahmenrichtlinie
Herausforderungen und Beispiele zur Umsetzung der WRRL
28./29. Januar 2025





KW Gewässer-Info 1/2025

Ab sofort für alle Bezieher der KW kostenlos im Mitgliederbereich verfügbar: www.dwadirekt.de



2025 – herausfordernde Zeiten für die Wasserwirtschaft

Das Jahr 2025 verspricht ein besonderes zu werden, gesellschaftlich wie wasserwirtschaftlich. 2024 war bereits politisch turbulent: Der Krieg in der Ukraine tobte weiter. Wahlen haben stattgefunden: In einigen Ländern im Osten Deutschlands sind Koalitionsverhandlungen eine besondere Herausforderung.

Vorgezogene Wahlen zum Bundestag stehen an. Man wird abwarten müssen, welche Folgen sich für die Umweltpolitik ergeben, etwa für die Finanzierung von Maßnahmen, die der Anpassung an die Klimaänderung dienen. Interessant wird auch, ob und wenn ja welche Auswirkungen der anstehende Regierungswechsel in den USA auf die weltweite Umweltpolitik und den internationalen Umweltschutz haben wird. Wenn der künftige US-Präsident also beispielsweise zu verstärkter Exploration und Förderung fossiler Energieträger aufruft – mit dem Slogan „drill, baby, drill“ – hat das Potenzial, durchaus auch in Europa und in der deutschen Wasserwirtschaft zu spüren zu sein. Die Umwelt- und Energie-Ökonomin Claudia Kemfert wird in den Medien mit Blick auf das Ergebnis der Wahlen in den USA mit dem Satz zitiert „Es ist ein schwarzer Tag für die Klimapolitik, die Welt steuert weiter in eine ungebremste Klimakatastrophe.“ Andererseits beziffert das unabhängige wissenschaftliche Projekt „Climate Action Trackers“ den Beitrag eines Politikwechsels in den USA auf die globale Erwärmung auf lediglich zusätzliche 0,04 Kelvin, solange sich die Politik der USA nicht massiv auf andere Länder auswirke.

Was erwartet unsere Branche, die DWA, in diesem Jahr? Ein bedeutendes Thema ist die neue EU-Kommunalabwasserrichtlinie. Sie ist von der neuen Bundesregierung in deutsches Recht umzusetzen. Wichtige Aspekte dabei sind prinzipiell bekannt, auch durch ausführliche Beiträge, Analysen und laufende Mel-

dungen in den Zeitschriften der DWA: Von der EU verlangt wird eine verstärkte Elimination von Spurenstoffen. Hier ist mit milliardenschweren Investitionen zu rechnen – die genaue Höhe ist noch nicht klar oder sogar strittig. Damit einher geht die Frage, wie dies gerecht finanziert werden soll. Die Hersteller von Produkten, die sich nach deren Einsatz als Spurenstoffe im Wasserkreislauf finden, sollen einen großen Teil der Kosten übernehmen („erweiterte Herstellerverantwortung“). Hier zeichnen sich bereits Interessenkonflikte ab: Verbände der Pharmaindustrie sehen durchaus, dass die von ihnen vertretene Industrie beim Thema Kosten gefragt ist, protestieren und fordern zudem, dass auch andere Branchen beteiligt werden sollten, etwa die Anbieter agrochemischer Produkte.

Im Zusammenhang mit der Kommunalabwasserrichtlinie gibt es aber weitere Themen: etwa das Probenahme-Regime – wie soll die Erfüllung der Anforderungen der Richtlinie überprüft werden, wie sollten zweckmäßig Wasserproben genommen werden? Die DWA hat hierzu eine Position formuliert und kommuniziert. Die oben bereits angesprochene Finanzierung der Klimaanpassungsmaßnahmen, damit einhergehend Hochwasserschutz, wasserbewusste Siedlungsentwicklung, sind ebenso Themen, mit denen sich künftig die Politik und wir beschäftigen müssen. Die Wasserwirtschaft, wenn sie ihre Stimme erhebt – und das tut die DWA seit einiger Zeit verstärkt – und sie gehört wird, kann Teil der Lösung der genannten Probleme sein. Ohne „Zivilingenieure“ wird und soll es nicht gehen.

Was die DWA ebenfalls weiter beschäftigen wird: der Strategieprozess. Im Jahr 2024 hat es eine Reihe von Workshops mit wichtigen Personenkreisen gegeben – dem DWA-Vorstand, den Hauptausschussvorsitzenden, den haupt- und



Foto: David Ausserhofer

ehrenamtlich in den Landesverbänden Verantwortlichen, der Jungen DWA, um nur einige zu nennen. Dieser Prozess soll 2025 abgeschlossen werden, denn Analyse ist gut, aber Umsetzung und Ergreifen von Maßnahmen ist das Entscheidende. Dieser Strategieprozess, der in der DWA und ihren Vorgängerorganisationen in diesem Umfang noch nie durchgeführt wurde, war und ist viel Arbeit und Aufwand, aber die Voraussetzung für ein erfolgreiches Handeln der DWA ist ihre weiterhin gute Aufstellung. Der Wechsel in der Bundesgeschäftsführung war ein geeigneter Zeitpunkt, einmal gründlich strategische Überlegungen anzustellen, diesen Strategieprozess anzustoßen und zu führen.

Ich wünsche uns allen ein gutes, erfolgreiches Jahr 2025 – und viele weitere –, persönlich Gesundheit und dass wir gemeinsam alle Herausforderungen frohen Mutes und mit Erfolg angehen, mit dem Selbstbewusstsein, dass wir für sinnhafte, nachhaltige Lösungen eintreten.

Mit den besten Grüßen
Uli Paetzel

Prof. Dr. Uli Paetzel
Präsident der DWA

Inhalt

Beide Verbandszeitschriften – KA und KW – auch online lesen:
<https://www.dwadirekt.de>
 Oder auf mobilen Geräten in der App:
<https://apps.dwa.de>

1/2025



Foto: Rupert Oberhäuser/EGLV

Jahrhunderthalle ihr 125-jähriges Bestehen gefeiert – in der Stadt, in der am 14. Dezember 1899 Deutschlands erster Wasserwirtschaftsverband gegründet wurde.

Seite 10

Mit über 300 Gästen, im Beisein von Bundeskanzler Olaf Scholz und des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst hat die Emschergenossenschaft am 28. November 2024 in der Bochumer

Editorial

2025 – herausfordernde Zeiten für die Wasserwirtschaft 1
Uli Paetz

Berichte

125 Jahre Emschergenossenschaft Jubiläumsveranstaltung in Bochum mit Bundeskanzler Olaf Scholz und Ministerpräsident Hendrik Wüst. 10
 Nachhaltigkeitsberichterstattung: Leitfaden zur Bilanzierung von Scope 3-Emissionen veröffentlicht. 14

Junge DWA

Was haben Spurenstoffe und Bier miteinander zu tun? Regionaler Stammtisch Allgäu der Jungen DWA. 15

Hydrologie und Wasserbewirtschaftung

Nutzung von Satellitendaten in der behördlichen Überwachung der Gewässergüte von Seen und Talsperren in Deutschland Ergebnisse eines Projekts zum Binnengewässer-Monitoring mit Satellitenfernerkundung (BIGFE). 17
Kurt Friese, Susanne Isabel Schmidt, Tanja Schröder (Magdeburg), Pia Laue (Hamburg), Rebecca D. Kutzner (Finsterwalde), Désirée Dietrich (Magdeburg), Thomas Wolf (Langenargen), Werner Blohm (Hamburg), Karsten Rinke (Magdeburg)

Gewässer und Boden

Erfolgskontrolle der Renaturierung der oberen Diemel anhand von Hydromorphologie und Fischfauna Teil 2: Ergebnisse und Ausblick. 25
Jens Eligehausen (Kassel), Lars Hasselsweiler (Wesel), Aurelia Hornbogen, René Sahn (Kassel), Andreas Schwarzer (Bad Arolsen)

Rubriken

Spektrum 4
 Impressum 32
 Personalien 49

Seite 14

Eine von Betreibern der Trink- und Abwasserwirtschaft gegründete Arbeitsgruppe hat einen Leitfaden zur Bilanzierung von Scope 3-Emissionen für eine standardisierte Erfassung der Treibhausgasemissionen veröffentlicht.

Beiträge in KA Korrespondenz Abwasser, Abfall 1/2025

- A. Joos, C. Huwe, B. Lambert, S. Fuchs: Reinigungsleistung eines technischen Filtersands im Vergleich zur bewachsenen Bodenzone
- Zweiter Arbeitsbericht der DWA-Arbeitsgruppe KA-14.2 „Maßnahmen gegen Geruchsemissionen aus Abwasseranlagen“: Vergleich von Maßnahmen zur Abluftbehandlung auf Abwasseranlagen – Teil 2
- A. Gedik, S. Kabelac: Vergleichende energetische Betrachtung der Klärschlammverwertung durch Verbrennung in einer Wirbelschicht und durch Pyrolyse
- Arbeitsbericht des DWA-Fachausschusses RE-3 „Vollzugsfragen des Wasserrechts“: Teil 2: Finanzierung, Grundstücke, Flächenakquisition

KW

Korrespondenz Wasserwirtschaft

Entwässerungssysteme

Reinigungsleistung eines technischen Filtersands im Vergleich zur bewachsenen Bodenzone 34
Alexandra Joos, Claus Huwe (Rastatt), Benedikt Lambert (Sinsheim), Stephan Fuchs (Karlsruhe)

Recht

Hochwasser, Starkregen und Flächenverfügbarkeit
Arbeitsbericht des DWA-Fachausschusses RE-3
„Vollzugsfragen des Wasserrechts“ –
Teil 2: Finanzierung, Grundstücke, Flächenakquisition. . . 38

DWA

Regelwerk 46
Fachgremien 47
Landesverbände 49

Praxisreport

Ausrüstung von Bestandsanlagen zur
Überlaufmengenmessung am Beispiel Künzelsau 52
Konstantin Hartmann



Seite 17

Im Rahmen des Projekts BIGFE wurden für die Wasserqualitäts-Messgrößen Sichttiefe, Trübung und Chlorophyllgehalt von 112 Binnengewässern (Seen und Talsperren)

über den Zeitraum von 2016 bis 2020 Werte aus Satellitensignalen ermittelt und mit vorhandenen In-situ-Daten verglichen. Es konnte eine gute, statistisch gesicherte Korrelation zwischen den Satelliten-basierten Werten und den Monitoringdaten aufgezeigt werden. Die Satelliten-basierten Werte stellen wertvolle Informationen bereit und ergänzen die In-situ-Daten sinnvoll.

Stellenmarkt 55

Ingenieurbüros 55

Beilagenhinweis 13

Seite 25

Eine Studie zeigt, wie mit geringen finanziellen Mitteln und auf Initiative des bewirtschaftenden Vereins („low-budget/bottom-up“ Ansatz) eine Fließgewässerrenaturierung zum Erfolg führen kann. Bei der Projektumsetzung wurde ein konsequenter Open-Science-Ansatz mit transparenter Kommunikation zu Behörden, Verbänden und lokalen Anliegern verfolgt. Die wissenschaftliche Erfolgskontrolle wurde nach dem Before-After-Control-Impact-Design (BACI) anhand der Zusammensetzung der Fischfauna und morphologischer Parameter mittels Luftbilddaufnahmen durchgeführt.



Foto: A. Schwarzer

Seite 34

Die Versickerungsmulde eines Industriegeländes wurde nach 13 Betriebsjahren überprüft. Dabei wurden bis in 60 cm Tiefe relevante Schwermetallkonzentrationen gemessen. Der Muldenboden wurde gegen einen 60 cm mächtigen technischen Filtersand getauscht. Nach drei weiteren Betriebsjahren wurde die Wirksamkeit der Maßnahme zur Vermeidung von Tiefenverlagerungen überprüft. Im Sediment und in der Sandschicht 0–20 cm wurden 99,6 % des Zinks gefunden.



Foto: B. Lambert

Seite 38

Hochwasser und Starkregen haben Deutschland in den letzten Jahren immer wieder bewegt. Der nun vorliegende Arbeitsbericht des DWA-Fachausschusses RE-3 fasst wesentliche Erkenntnisse zum notwendigen Schutz bei Hochwasser und Starkregen aus rechtlicher Sicht zusammen.



Foto: Bayerisches Landesamt für Umwelt

KW 2/2025

Anzeigenschluss:

14. Januar 2025

Erscheinungstermin:

5. Februar 2025

KW 3/2025

Anzeigenschluss:

11. Februar 2025

Erscheinungstermin:

6. März 2025

Abonnieren Sie den monatlichen Themenplan kostenlos auf www.dwa.info/ThemenKW

Umweltministerkonferenz fordert verstärkten Hochwasserschutz

Die Umweltministerinnen und Umweltminister von Bund und Ländern fordern angesichts der Häufung schwerer Hochwasser- und Starkregenereignisse verstärkte Anstrengungen beim Hochwasserschutz. „Die Umweltministerkonferenz (UMK) sieht es angesichts des Klimawandels als dringend geboten an, den Hochwasserschutz weiter zu stärken und seine Umsetzung konsequent voranzutreiben“, heißt es im Abschlusspapier der Ende November 2024 zu Ende gehenden UMK in Bad Neuenahr.

Die verheerende Hochwasserkatastrophe im Ahrtal hatte 2021 zu insgesamt 135 Todesopfern und Schäden in Höhe von rund knapp 9 Milliarden Euro geführt. Zwar hätten Bund und Länder in der Folge auf Grundlage der Nationalen Wasserstrategie und des bundesweiten Klimaanpassungsgesetzes eine Reihe von Maßnahmen unternommen, etwa durch Stärkung der Hochwasser- und Starkregengefahreneinweisungskarten und diversen Förderprogrammen. Dennoch müssten insbesondere Planungs- und Genehmigungsverfahren beim Hochwasserschutz beschleunigt werden, und es fehlten Regelungen zur Finanzierung der verpflichtenden Starkregenvorsorgekonzepte in den Kommunen. „Hochwasserschutzmaßnahmen sollten als Projekte von überragendem öffentlichem Interesse eingestuft werden“, heißt es im Abschlussdokument.

Im Grundgesetz soll es außerdem eine neue Gemeinschaftsaufgabe geben, die es dem Bund erlaubt, Kommunen beim Klimaschutz, der Klimaanpassung und dem Naturschutz auch direkt zu fördern. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und der -senator der Länder einigten sich darauf, schnellstmöglich konkrete Textbausteine für einen entsprechenden Vorschlag zur Änderung des Grundgesetzes vorzulegen.

Werden der Naturschutz, der Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankert, würde das für eine dauerhafte Finanzierung in diesen Bereichen sorgen. Denn bislang gibt es folgendes Problem: Der Bund kann Kommunen nicht direkt fördern – egal, ob es um Regenrückhaltebecken, eine Flussrenaturierung, um einen Deich oder um die Küh-

lung von Innenstädten mit mehr Grün geht. Andere Förderungen über das Land oder über die EU beinhalten in der Regel einen gewissen Eigenanteil. Ist die Kommune aber eher finanzschwach, ist mitunter schon der Eigenanteil zu hoch, den sie aufbringen müsste. Dem Bund ist es nicht erlaubt, finanzschwache Kommunen direkt zu fördern.

Das zweite Problem ist: Förderprogramme sind immer zeitlich begrenzt. Damit ist es kaum planbar, ob es Nachfolgeprogramme gibt und was sie künftig fördern. Denn oftmals ist es mit einer einzelnen Investition nicht getan, Deiche müssen in Stand gehalten werden oder Regenrückhaltebecken saniert werden, wenn sie in die Jahre gekommen sind.

KW

EU-Parlament: Über 116 Millionen Euro EU-Hilfen für Deutschland und Italien

Das Europäische Parlament hat am 27. November 2024 116 Millionen Euro aus dem EU-Solidaritätsfonds (EUSF) als Beitrag zum Wiederaufbau in den zwei EU-Staaten Deutschland und Italien nach den Überschwemmungen 2024 gebilligt. Davon erhält Süddeutschland Hilfe in Höhe von 116 Millionen Euro und Italien (Valle d'Aosta) vier Millionen Euro.

Die EUSF-Hilfe wird einen Teil der Kosten für Notfall- und Wiederherstellungsmaßnahmen abdecken, einschließlich der Reparatur beschädigter Infrastruktur, des Schutzes des kulturellen Erbes und der Durchführung von Aufräumarbeiten. Die Mitglieder des Haushaltsausschusses fordern, dass „die Mittelausstattung des EUSF oder eines gleichwertigen Instruments im Hinblick auf den bevorstehenden Vorschlag der Kommission für den neuen mehrjährigen Finanzrahmen (...) erheblich aufgestockt werden sollte“.

KW

Nationales Bodenmonitoringzentrum eröffnet

Am Umweltbundesamt (UBA) in Dessau-Roßlau wurde das Nationale Bodenmonitoringzentrum eröffnet. Ziel des neuen Zentrums ist es, die in Deutschland erhobenen Daten zum Zustand der Böden aus den verschiedenen Monitoringprogrammen soweit möglich von einem zentralen Ort aus verfügbar und für gemeinsame Auswertungen nutzbar zu machen. Der Bodenschutz soll durch deutschlandwei-

te Aussagen zur langfristigen Entwicklung des Bodenzustands gestärkt werden. Das Monitoringzentrum entsteht aus einer Zusammenarbeit von Bundes- und Länderbehörden, die Daten zu Böden erfassen und auswerten, wie zum Beispiel Daten zu Humus oder Bodenbiodiversität. Das UBA koordiniert die Arbeiten des Bodenmonitoringzentrums und arbeitet dabei eng mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Vertretern der Bundesländer, dem Johann Heinrich von Thünen-Institut (TI) und weiteren wichtigen Institutionen zusammen.

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-flaeche/nationales-bodenmonitoringzentrum>

KW

Hochwasserpreis 2024/2025 ausgeschrieben

Der Hochwasserpreis 2024/2025 ist gestartet. Unter dem Motto „Wassergewalten! Sichtbare Zeichen von Hochwasser und Sturzfluten“ können Teilnehmende bis zum 30. April 2025 Fotos und Videos einreichen. Es gibt viele Zeichen in Städten und Gemeinden, aber auch Spuren in der Natur, die in hochwasserfreien Zeiten an die Gefahren von Hochwasser und Sturzfluten erinnern. Dazu gehören Hochwassermarken an privaten und öffentlichen Gebäuden, Schutzbauwerke, aber auch Straßen- und Flurnamen, Fotos und Filme von vergangenen Ereignissen und Berichte von Zeitzeugen. Getragen wird der Wettbewerb von der Hochwassernotgemeinschaft (HWNG) Rhein. Die HWNG Rhein mit Sitz in Main ist nach den sogenannten Jahrhunderthochwassern 1993 und 1995 gegründet worden.

www.hochwassernotgemeinschaft-rhein.de

KW

Bundesregierung sucht internationale Vorreiterprojekte für Biodiversitäts- und Klimaschutz

Auf der Weltklimakonferenz in Baku haben das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und das Auswärtige Amt (AA) den Themencall 2024 der In-

ternationalen Klimaschutzinitiative (IKI) veröffentlicht. Mit dem Ideenwettbewerb sucht die IKI weltweit nach ambitionierten und innovativen Projektideen zur Bekämpfung der Klimakrise und zum Schutz der Biodiversität in Entwicklungs- und Schwellenländern. Ziel ist es, die Partnerländer bei der Minderung von Treibhausgasemissionen und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu unterstützen, natürliche Kohlenstoffsenken zu stärken und die biologische Vielfalt zu schützen. Die IKI wird seit dem Jahr 2022 vom BMWK in enger Zusammenarbeit mit dem BMUV und dem AA umgesetzt. Insgesamt stellen BMWK, BMUV und AA gut 200 Millionen Euro für Projekte in neun Themenschwerpunkten zur Verfügung. Projektskizzen können bis zum 18. Februar 2025 eingereicht werden.

www.international-climate-initiative.com/foerderung-finden/themencall/themencall-2024

Niedersachsen: Hinweiskarte Starkregengefahren veröffentlicht

Die Arbeiten zur Erstellung der Hinweiskarte Starkregengefahren für Niedersachsen seitens des Bundesamts für Kartographie und Geodäsie sind abgeschlossen. Die Karten sind über das Geoportal des Bundes veröffentlicht. Die Hinweiskarte zeigt Überflutungen für zwei Niederschlagsszenarien, ein außergewöhnliches (Starkregenindex 7) und ein extremes Ereignis mit 100 Millimeter Niederschlag in der Stunde. Um sich die Hinweiskarten anzeigen zu lassen, muss auf dem Geoportal zunächst links im Menü „Klima und Wetter“ gewählt werden, um auf der folgenden Seite das Thema „Starkregen“ anzuklicken. Dort erreicht man über „Land Niedersachsen, Hinweiskarte Starkregengefahren“ die Kartenansicht.

www.geoportal.de

Bayern: Hochwasserschutz wird weiter gestärkt

Der Hochwasserschutz in Bayern wird weiter gestärkt. Dazu ist im Nachtragshaushalt 2025 ein deutlicher Mittelzuwachs vorgesehen. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu: „Rund 4 Milliarden Euro wurden bayernweit seit 2001 in den Hochwasserschutz investiert. Wir werden die Mittel für den Hochwasserschutz noch einmal deutlich

anheben. Für den Hochwasserschutz sind noch einmal 40 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen. Hinzu kommen weitere 40 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen, um langfristige Bauprojekte zu ermöglichen.“

Mit den verstärkten Mittelsätzen kann insbesondere auch auf die durch Inflation und Baukostensteigerungen hervorgerufenen Herausforderungen reagiert werden. 2024 können außerdem bis zu 30 Millionen Euro im Rahmen eines Sofortprogramms zur Wiederherstellung der beim Juni-Hochwasser beschädigten Hochwasserschutzanlagen eingesetzt werden. Um dem Hochwasserschutz ein noch stärkeres Gewicht in behördlichen Abwägungen und möglichen gerichtlichen Verfahren zu geben, plant das Umweltministerium darüber hinaus eine Änderung des Bayerischen Wassergesetzes. Dort soll insbesondere festgeschrieben werden, dass Maßnahmen des Hochwasserschutzes im überragenden öffentlichen Interesse liegen.

Außerdem sollen aus dem Bayerischen Finanzausgleichsgesetz 2025 für die Härtefallförderung von Wasserversorgungsanlagen einmalig mehr Mittel zur Verfügung stehen. So können statt bisher 66 Millionen Euro bis zu 99 Millionen Euro investiert werden. Der Nachtragshaushalt wird vom Bayerischen Landtag beschlossen.

Niedersachsen: Nitratkonzentration im Sickerwasser nimmt drastisch ab

Die Nitratkonzentration im Sickerwasser ist in Niedersachsen so niedrig wie noch nie seit Beginn der Berechnungen, die bis in die 1950er-Jahre reichen. Das ist das Ergebnis des Basis-Emissionsmonitorings, das das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) jetzt veröffentlicht hat. Während im landesweiten Durchschnitt noch vor acht Jahren die berechnete Nitratkonzentration bei 58 Milligramm pro Liter Sickerwasser lag, betrug der Wert vergangenes Jahr nur noch 17 Milligramm. Bezogen auf Ackerflächen, die als besonders nitratbelastet gelten, sank der landesweite Durchschnitt noch stärker von 115 auf 27 Milligramm pro Liter Sickerwasser.

Beim Basis-Emissionsmonitoring haben die LBEG-Expertinnen und -Experten betrachtet, wieviel Stickstoff auf natürliche Weise zum Beispiel durch Einträge aus der Luft oder aber durch Dünge-

mittel in den Boden gelangt sind und durch das Pflanzenwachstum weitgehend aufgenommen und in Eiweißverbindungen umgewandelt werden. Unter bestimmten Boden- und Klimabedingungen lässt es sich nicht vermeiden, dass eine Reststickstoffmenge insbesondere im Herbst im Boden verbleibt und mit dem winterlichen Wasserüberschuss als Nitrat im Sickerwasser den Wurzelraum verlässt. Das Sickerwasser trägt im Wesentlichen zur Grundwasserneubildung und damit zur Regeneration der Grundwasservorräte bei.

Ein Grund für die deutliche Abnahme der Nitratkonzentration ist die Abnahme der Tierzahlen. Vor allem aber geht die Landwirtschaft in den allermeisten Teilen Niedersachsens deutlich effizienter mit Stickstoff beim Düngen von Äckern um. Der Einsatz von Stickstoff-Mineraldünger hat sich in den vergangenen zehn Jahren nahezu halbiert.

Der Stickstoff-Flächenbilanzsaldo aus der Landwirtschaft auf Gemeindeebene und die potenzielle Nitratkonzentration im Sickerwasser sind auf dem NIBIS®-Kartenserver mit den Vergleichsdaten von 2016 und 2023 einsehbar unter:

<https://nibis.lbeg.de/cardomap3/?permalink=2IoMF4dn>

Poliovirus im Abwasser von drei EU-Ländern nachgewiesen

In drei EU-Ländern wurde in mehreren Abwasserproben zwischen September und November 2024 das Poliovirus nachgewiesen. Das European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC) hat daraufhin alle relevanten Interessenträger aufgefordert, die Situation wachsam zu beobachten und weiterhin eine strenge Überwachung und Impfung durchzuführen. Das ECDC empfiehlt, dass die Gesundheitsbehörden in der EU sensible und effiziente Überwachungssysteme, einschließlich Umweltüberwachung, aufrechterhalten. Europa ist seit 2002 poliofrei.

Baden-Württemberg: Einsatz für Amphibien wird fortgesetzt

Zwei weitere Jahre gemeinsamer Einsatz für amphibienfreundliche Lebensräume: Das Projekt „220 Amphibiengewässer“ von Umweltministerium Baden-Württemberg und BUND geht weiter. Das Mi-

nisterium fördert die Verlängerung des Projekts mit rund 225 000 Euro. 113 Gewässer sind schon saniert, 67 weitere Sanierungen sind bereits konkret geplant. Das Projekt wird vom BUND Baden-Württemberg in Kooperation mit dem Amphibien-Reptilien-Biotopschutz Baden-Württemberg (ABS) und dem NABU Baden-Württemberg durchgeführt. Durch das Anstoßen von je fünf Gewässersanierungen in allen Land- und Stadtkreisen Baden-Württembergs sollen 220 Gewässer landesweit zum Schutz der heimischen Amphibienbestände beitragen. Ein Beispiel für eine Sanierung ist das Ausbaggern von Schlamm in zunehmend verlandenden Gewässern. Das Projekt „220 Amphibiengewässer“ ist Teil der Artenschutzoffensive (ASO) Baden-Württembergs, über die ein Großteil der Sanierungsmaßnahmen gefördert werden.

<https://www.bund-bawue.de/tiere-pflanzen/artenschutz/amphibienprojekt> **KW**

Schleswig-Holstein: Naturschutzverbände treten Allianz für Gewässerschutz des Landes bei

In Schleswig-Holstein sind Naturschutzverbände der Allianz für Gewässerschutz beigetreten. Die Allianz für den Gewässerschutz des Landes wurde im Jahr 2013 gegründet und hat das Ziel, die Nährstoffeinträge in Grundwasser und Gewässer zu vermindern. Partner sind neben dem Umwelt- und dem Landwirtschaftsministerium auch der Bauernverband, der Landesverband der Wasser- und Bodenverbände und der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft. Oberstes Gremium ist der Runde Tisch Nährstoffmanagement mit rund 60 Mitgliedern. Mit der Allianz für den Gewässerschutz ist in Schleswig-Holstein ein Bündnis gewachsen, das landwirtschaftliche und wasserwirtschaftliche Institutionen aus der Praxis, Wissenschaft und Verwaltung mit Bezug zum Gewässerschutz zusammenbringt. **KW**

PFAS: Bundesregierung will gesamteuropäische Regelung

In der Debatte um Beschränkungen oder ein Verbot von Per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) macht die Bundesregierung klar, dass es bei dem laufenden Beschränkungsverfahren nach

der EU-Chemikalienverordnung REACH nicht um ein „pauschales Verbot“ gehe. Ziel sei eine „differenzierte Regelung“, mit der die Emissionen dieser Chemikalien in die Umwelt „signifikant“ reduziert werden könne, heißt es in der Antwort der Bundesregierung (*Bundestags-Drucksache* 20/13601) auf eine Kleine Anfrage. Aufgrund der grenzüberschreitenden PFAS-Belastung, aber auch des EU-Binnenmarktes und des freien Warenverkehrs sei eine gesamteuropäische Regelung sinnvoll. Da eine wissenschaftliche Bewertung noch andauere und noch kein Regelungsentwurf der EU-Kommission vorliege, sei ein „detaillierte Positionierung“ der Bundesregierung noch nicht möglich.

Grundsätzlich aber sei es das Ziel, das bestehende Risiko durch PFAS-Emissionen in die Umwelt zu reduzieren. In den letzten Jahren seien immer mehr, auch großflächige PFAS-Verunreinigungen in Deutschland entdeckt worden, deren Behebung „extrem schwierig bis unmöglich und stets kostspielig sei“, heißt es in der Antwort weiter. Als Beispiel nennt die Bundesregierung einen Fall in Rastatt, Mittelbaden. Hier seien durch Belastungen bisher Kosten in Höhe von mehr als 40 Millionen Euro entstanden, ohne dass die Kontamination beseitigt werden konnte. Die Chemikalien stehen im Verdacht, gesundheitsgefährdend zu sein.

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/136/2013601.pdf> **KW**

Bayern: Forschung stärkt Moorschutz im Privat- und Körperschaftswald

Das Peatland Science Center (PSC) der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf (HSWT) und die Bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF) haben ein Projekt zu Moorwäldern im Privat- und Körperschaftswald gestartet. Projektleiter des vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus geförderten Projekts „DaKliMoPuK“ (ST396) ist der Weihenstephaner Moorforscher Prof. Dr. Matthias Drösler (HSWT). Ziel ist die Verbesserung der Wissensbasis zu den Moorwäldern im Privat- und Körperschaftswald.

Bayern ist Heimat von etwa 60 000 Hektar bewaldeter Moorböden. Ihr Erhalt und die Optimierung ihrer Beiträge für den Klimaschutz, den Landschafts-

wasserhaushalt und zur Biodiversität liegen im öffentlichen Interesse. Über die Hälfte der Moorwälder ist jedoch im Eigentum von privaten Waldbesitzern (51 %), Kommunen und anderen Körperschaften (5 %). Hinzu kommen 2 % Wald auf organischen Böden in Bundesliegenschaften. Ziel des Projekts ist es, als ersten Schritt die Methodik zur Verbesserung der Wissensbasis für die Flächen im Privat- und Körperschaftswald zu entwickeln. In einem späteren Schritt können dann mit Zustimmung der Waldbesitzer in Frage kommende Moorwaldflächen identifiziert werden, um abzuschätzen, welche Maßnahmen dort zur Wiedervernässung machbar sind. Für die eventuell anschließende Umsetzung von Maßnahmen sollen neben Landesprogrammen wie den Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien auch die angekündigten Förderprogramme des Bundes genutzt werden.

HSWT und LWF setzen bei dem Projekt zur Methodenentwicklung zunächst auf fünf Pilotgebiete, in denen die Grundeigentümer selbst den Wunsch geäußert haben, für ihre Waldflächen aktuelle Moorkarten zu erhalten. Unter anderem kommen digitale Geländemodelle und Fernerkundungsdaten zum Einsatz. Mit Ergebnissen wird Mitte 2025 gerechnet.

Dr. Stefan Müller-Kroehling

E-Mail: Stefan.Mueller-Kroehling@lwf.bayern.de **KW**

Baden-Württemberg: Ehrenamtsfreundliche Arbeitgeber im Bevölkerungsschutz ausgezeichnet

Insgesamt 32 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber hat Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl am 20. November 2024 als „Ehrenamtsfreundliche Arbeitgeber im Bevölkerungsschutz“ ausgezeichnet. Mit Bezug zur Wasserwirtschaft dabei: die Kuhn GmbH Technische Anlagen aus Höpfingen und GEMÜ Gebr. Müller Apparatebau GmbH & Co. KG. Einer der beiden Geschäftsführer der Kuhn GmbH, Dr.-Ing. Michael Kuhn, ist Vorsitzender des Beirats der DWA. Die Kuhn GmbH fertigt Maschinen für die Einlaufgruppe von Abwasserreinigungsanlagen, wie Rechen, Waschpressen und Sandwäschen. Die Auszeichnung wird vom Land Baden-Württemberg jährlich an Unternehmen verliehen, die ihre Mitarbeite-

Vorteile einer DWA-Mitgliedschaft

Weitere
Informationen zu
einer Mitgliedschaft
finden Sie unter

[www.dwa.de/
mitgliedschaft](http://www.dwa.de/mitgliedschaft)

Kostenlos

- Eine der beiden monatlich erscheinenden Verbandszeitschriften
 - **KA Korrespondenz Abwasser, Abfall** inkl. der Beilage **Betriebs-Info** (4 x jährlich) oder
 - **KW Korrespondenz Wasserwirtschaft** inkl. der Online-Version der **Gewässer-Info** als Printversion, Online unter www.dwa.de/direkt und mobil als App. Zusätzliche Exemplare oder die zweite Verbandszeitschrift gibt es zu günstigen Konditionen.

- **DWA-Branchenführer Wasserwirtschaft, Abwasser, Abfall**

- **Mitgliederbereich im Internet**
 - **KA** oder **KW** online lesen
 - **KA** oder **KW** mit der App **DWApapers and more** (iOS und Android) lesen
 - Literaturdatenbank
 - Fachwörterbücher in vielen Sprachen
 - Mitgliederverzeichnis
 - Arbeitsberichte und Fachinformationen

- **DWA-Jahrbuch** (auf Anforderung)

Ermäßigt

- **Fort- und Weiterbildungsangebote**
Als Mitglied der DWA und der European Water Association (EWA), des BWK und der Partnerverbände in der Schweiz (VSA, SVW) und Österreich (ÖWAV)

Zusätzlich für fördernde Mitglieder

Kostenlos

- Option, das Logo "**Mitglied in der DWA**" im Firmen-Briefbogen zu nutzen (www.dwa.de/direkt)

Ermäßigt

- 20 % Ermäßigung beim Erwerb des **DWA-Regelwerks** und vieler weiterer **DWA-Publikationen**
- **Fort- und Weiterbildungsangebote** für alle Mitarbeiter
- Ermäßigungen für Aussteller bei vielen **DWA-Tagungen** und ausgesuchten Messen
- Teilnahme an den **DWA-Erfahrungsaustauschen** für Kommunen oder Ingenieurbüros
- 50 % Ermäßigung auf den **Mitgliedsbeitrag** für Anmeldungen von Niederlassungen, wenn der Hauptsitz bereits Mitglied ist
- Günstige Konditionen für eine **Umwelt-Strafrechtsschutzversicherung** für Kommunen, Kreisverwaltungen und Abwasserzweckverbände

